

Dringliche Motion Fraktion FDP (Philippe Müller, FDP): Missstände im Sozialdienst beheben: Zuweisung von Sofortarbeitsplätzen im Sozialbereich (Beschleunigung des Verfahrens)

Vor etlichen Monaten haben Gutachten die Schaffung von Sofortarbeitsplätzen gefordert, die Massnahme ist in diversen Städten sehr erfolgreich (z.B. Winterthur). Diese Massnahme fordert auch der Bericht des Finanzinspektorats vom 16. Juni 2008. Schwarz Arbeitende, die sich zusätzlich bei der Sozialhilfe anmelden, werden dies inskünftig unterlassen, wenn sie einem Sofortarbeitsplatz zugewiesen werden, da sie dadurch ihrer Schwarzarbeit nicht mehr nachgehen können. Diese Massnahme betrifft die ehrlichen Sozialhilfebeziehenden insofern nicht. Diese Massnahme zur Prüfung der Kooperationsbereitschaft sowie zur beruflichen Integration ist auch beim Gemeinderat grundsätzlich nicht umstritten. Gemäss Schlussbericht Sozialhilfe des Gemeinderates ist mittlerweile erst das Stadium der „Konzeptskizze“ erreicht. Das ist viel zu wenig. Es gibt viele sinnvolle Einsatzmöglichkeiten. Man hätte diese Leute zur Eisräumung auf städtischen Trottoirs einsetzen können, anstatt den Winterdienst Überstunden machen zu lassen, jetzt könnte man sie zur Spliträumung einsetzen.

Daher fordern wir den Gemeinderat auf, eine geeignete Anzahl Sofortarbeitsplätze einzurichten und dem Stadtrat bis spätestens am 1. Oktober 2009 Bericht zu erstatten.

Falls die Forderung dieser Motion in die Kompetenz des Gemeinderats fällt, hat sie den Charakter einer Richtlinie.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Dringlichkeit ergibt sich aus dem Vorstoss – je rascher die Massnahme eingeführt wird, desto geringer der Schaden.

Bern, 19. März 2009

Dringliche Motion Fraktion FDP (Philippe Müller, FDP): Claude Grosjean, Erich J. Hess, Pascal Rub, Christoph Zimmerli, Dolores Dana, Dieter Beyeler, Edith Leibundgut, Vinzenz Bartolome, Philippe Cottagnoud, Peter Wasserfallen, Ueli Jaisli, Thomas Weil, Jimy Hofer, Martin Schneider, Béatrice Wertli, Hans Peter Aeberhard, Peter Bernasconi

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.

Antwort des Gemeinderats

Die Dringliche Motion betrifft inhaltlich einen Bereich, der in der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt. Der Motion kommt somit der Charakter einer Richtlinie zu.

Wie die Motion bereits festhält, wird die Schaffung von Sofortarbeitsplätzen auch vom Gemeinderat unterstützt. Wegen Personalwechsels auf verschiedenen Leitungsebenen im Sozialamt und durch zahlreich parallel laufende Projekte im Sozialdienst und im Kompetenzzentrum Arbeit erfuhr dieses Projekt eine Verzögerung.

Das Sozialamt hat als Übergangslösung eine Zusammenarbeit mit der Stiftung Terra Vecchia vereinbart. So konnte für Einzelfälle bei Verdacht auf Schwarzarbeit eine pragmatische und kurzfristig realisierbare Lösung mit kurzfristig verfügbaren Arbeitsplätzen gefunden werden. Eine längerfristige Lösung braucht jedoch eine vertiefte Abklärung und ein klares Konzept, welches ins aktuelle Angebot der Sozialhilfe integriert werden muss und allenfalls bisherige Angebote ersetzt. Dieses Konzept wird zusammen mit der kantonalen Gesundheits- und Fürsorgedirektion entwickelt. Dabei wird im Rahmen des Projekts zusammen mit der GEF auch die Frage der Finanzierung des erweiterten Angebots zu prüfen sein. Die Sofortarbeitsplätze sollen - unter dem Vorbehalt der Bereitstellung entsprechender Mittel durch das finanzkompetente Organ - zu Beginn 2010 zur Verfügung gestellt werden können.

Für die Schaffung von Sofortarbeitsplätzen sollen möglichst wenig zusätzliche Infrastrukturen (Räumlichkeiten usw.) aufgebaut werden. Diese Massnahme soll so weit als möglich bisher bereits bestehende Dienstleistungen zu Gunsten der Öffentlichkeit unterstützen. Dazu braucht es eine gute und nachhaltige Vernetzung und Koordination mit verschiedenen Verwaltungseinheiten, privaten Organisationen und Fachstellen, was sorgfältige und teils zeitaufwendige Abklärungen und Verhandlungen erfordert.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die Folgen für Personal und Finanzen können erst im Begründungsbericht quantifiziert werden. Wesentlich ist hier vor allem das Ergebnis der Verhandlungen mit der GEF über die Lastenausgleichsberechtigung des Aufwands.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Dringliche Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 27. Mai 2009

Der Gemeinderat